

KOLLEKTIVVERTRAG

**für Arbeiter und Angestellte in privaten Kuranstalten
und Rehabilitationseinrichtungen**

GÜLTIG AB 1. JÄNNER 2019





www.gpa-djp.at

Unser Service für Sie:

- **Rechtsberatung und Rechtsschutz** in arbeitsrechtlichen Angelegenheiten
- **Beratung** zu Arbeitsrecht, Arbeitszeit, Abfertigung Neu, Kollektivvertrag, Einstufung, Überstunden, Karenz und Mutterschutz, Weiterbildung uvm.
- Mehr **Information** durch die Mitgliederzeitschrift **KOMPETENZ**
- Umfassendes **Service** durch die Mitglieds-**CARD**, auch im Bereich Freizeit, Sport, Kultur und Urlaub

Mitglied sein bringt's!

KOLLEKTIVVERTRAG

**für Arbeiter und Angestellte in privaten Kuranstalten
und Rehabilitationseinrichtungen**

GÜLTIG AB 1. JÄNNER 2019

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

Sie halten die aktualisierte Neuauflage Ihres Kollektivvertrages in Händen. Darin sind wichtige Ansprüche aus Ihrem Arbeitsverhältnis geregelt. Darunter auch solche, auf die es keinen gesetzlichen Anspruch gibt, wie zum Beispiel Urlaubs- und Weihnachtsgeld.

Ein Kollektivvertrag

- schafft gleiche Mindeststandards bei der Entlohnung und den Arbeitsbedingungen für alle Arbeitnehmer einer Branche,
- verhindert, dass die Arbeitnehmer zu deren Nachteil gegeneinander ausgespielt werden können,
- schafft ein größeres Machtgleichgewicht zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern und
- sorgt für gleiche Wettbewerbsbedingungen zwischen den Unternehmen einer Branche.

Die GPA-djp verhandelt jedes Jahr über 170 Kollektivverträge mit den zuständigen Arbeitgeberverbänden. Damit ein neuer Kollektivvertrag abgeschlossen oder ein bestehender verbessert werden kann, muss es inhaltlich zu einer Einigung kommen. Oft gelingt das erst nach mehreren Verhandlungsrunden, manchmal müssen wir als Gewerkschaft Druck bis hin zum Streik erzeugen. Als Gewerkschaftsmitglied tragen Sie entscheidend zu jener Stärke bei, mit der wir Forderungen im Interesse der ArbeitnehmerInnen durchsetzen können. Deshalb möchten wir uns bei dieser Gelegenheit herzlich für Ihre Mitgliedschaft bedanken.

Sollten Sie zu Ihrem Kollektivvertrag oder Ihrem Arbeitsverhältnis Fragen haben, stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Barbara Teiber, MA
gf. Vorsitzende

Karl Dürtscher
Bundesgeschäftsführer

KV-Highlights:

- KV-Erhöhung
 - Erhöhung des KV-Grundgehaltes in den verschiedenen Verwendungsgruppen zwischen 4,8 und 25,4 Prozent
 - Mindesterhöhung 2018 +2,07 %
 - Mindesterhöhung 2019 +2,02 %
- Rahmenrechtliche Verbesserungen
 - Berufsgruppe „Pflegefachassistenz“
 - neue Verwendungsgruppe für PsychotherapeutInnen und PsychologInnen
 - Implementierung Schemata für AllgemeinmedizinerInnen und FachärztInnen

GPA-djp Servicecenter:

Hotline: 05 0301-301,
service@gpa-djp.at, www.gpa-djp.at, [facebook/gpa-djp](https://www.facebook.com/gpa-djp)

Inhalt

	Seite		Seite
Kollektivvertrag		Lohn- und Gehaltstabelle	
I. Vertragspartner	<u>6</u>	I. Erhöhungen der Löhne und Gehälter ab 1.1.2019	<u>13</u>
II. Sprachliche Gleichbehandlung	<u>6</u>	II. Allgemeines	<u>13</u>
III. Geltungsbereich	<u>6</u>	III. Verwendungsgruppen – Verwaltung	<u>13</u>
IV. Bestimmungen für Angestellte	<u>6</u>	IV. Verwendungsgruppen – Medizin	<u>14</u>
V. Bestimmungen für Arbeiter	<u>7</u>		
VI. Gemeinsame Bestimmungen für alle Dienstnehmer	<u>8</u>		
VII. Geltungsbeginn und Kündigungsbestim- mungen	<u>11</u>		
VIII. Übergangs- und Schlussbestimmungen ...	<u>11</u>	<i>Impressum: letzte Umschlagseite</i>	

KOLLEKTIVVERTRAG

für Arbeiter und Angestellte in privaten Kuranstalten und Rehabilitationseinrichtungen

I. VERTRAGSPARTNER

Der Kollektivvertrag wird abgeschlossen zwischen

- dem Fachverband der Gesundheitsbetriebe, Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien, und
- dem Österreichischen Gewerkschaftsbund, Gewerkschaft vida, Fachbereich Gesundheit, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien, und der Gewerkschaft GPA-djp, Alfred-Dallinger-Platz 1, 1030 Wien

II. SPRACHLICHE GLEICHBEHANDLUNG

Bei allen personenbezogenen Bezeichnungen in diesem Kollektivvertrag gilt die gewählte Form für beide Geschlechter.

III. GELTUNGSBEREICH

Der Kollektivvertrag gilt

- räumlich für das Bundesgebiet,
- fachlich für folgende, dem Fachverband der Gesundheitsbetriebe in der Wirtschaftskammer Österreich angehörenden Betriebe:
 - Sonderkrankenanstalten für stationäre Rehabilitation gem § 2 Abs 1 Z 2 KAKuG
 - Kuranstalten gem § 42a KAKuG
 - Kurbetriebe mit angeschlossenem Ambulatorium gem § 2 Abs 1 Z 5 KAKuG
- persönlich für alle Angestellten und Arbeiter, die in einem der oben genannten Betriebe beschäftigt sind.

Ausgenommen vom persönlichen Geltungsbereich dieses Kollektivvertrages sind:

- leitende Dienstnehmer im Sinne des § 36 ArbVG, jedenfalls der ärztliche Leiter, der Pflegedienstleiter und der Verwaltungsleiter,
- Famulanten, Hospitanten und Volontäre sowie Personen, deren Ausbildung vom AMS, einer anderen öffentlichen Institution oder einer Arbeitsstiftung gefördert wird bzw. die Weiterbildungsgeld beziehen.

Für Arbeiter und Angestellte der gastronomischen Berufsgruppen, die nicht in den Lohn- oder Gehaltstabellen geregelt sind, gelten die Kollektivverträge für Arbeiter und Angestellte im Hotel- und Gastgewerbe des jeweiligen Bundeslandes.

Diese gastronomischen Berufsgruppen umfassen jedenfalls das Personal an der Rezeption, das Servicepersonal, das Küchenpersonal, das Personal für Innen- und Außenreinigung sowie die Hilfskräfte.

IV. BESTIMMUNGEN FÜR ANGESTELLTE

1. Dienstverhältnis

Auf das Dienstverhältnis finden die Bestimmungen des Angestelltengesetzes in der jeweils geltenden Fassung Anwendung.

Den Angestellten ist gemäß § 2 Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz (AVRAG) bei Abschluss des Dienstvertrages eine schriftliche Aufzeichnung (Dienstzet-

tel) über die wesentlichen Rechte und Pflichten aus dem Dienstvertrag auszuhändigen. Diese Verpflichtung entfällt, wenn ein schriftlicher Arbeitsvertrag alle notwendigen Angaben enthält.

2. Einstufung

Der Angestellte ist entsprechend seiner Tätigkeit unter Berücksichtigung etwaiger Vordienstzeiten in die jeweilige Verwendungsgruppe der Lohn- und Gehaltstabelle einzureihen.

Voraussetzung für die Einstufung in eine Verwendungsgruppe ist, dass der Mitarbeiter entsprechend seiner von der Verwendungsgruppe vorausgesetzten Ausbildung eingesetzt wird. Grundlage für die Einstufung ist jedenfalls die ausgeübte Tätigkeit.

Vordienstzeiten sind Dienstzeiten von mindestens 3-monatiger ununterbrochener Dauer beim selben oder einem anderen Arbeitgeber sowie Zeiten von mindestens 3-monatiger ununterbrochener selbstständiger Tätigkeit, jeweils im selben oder einem vergleichbaren Berufsbild. Lehr-, Schul- und Ausbildungszeiten gelten nicht als Vordienstzeiten.

Vordienstzeiten im gleichen Beruf sind dem Angestellten im Ausmaß bis zu 5 Jahren anzurechnen. Vordienstzeiten in einem vergleichbaren Beruf sind dem Angestellten in diesem Ausmaß nur anzurechnen, wenn sie im selben Betrieb erbracht wurden.

3. Entgelt

Die Entlohnung richtet sich nach der im Anhang des Kollektivvertrages enthaltenen Lohn- und Gehaltstabelle. Diese bildet einen integrierenden Bestandteil des Kollektivvertrages und umfasst die Gehälter sowie die Zulagen und Zuschläge der Angestellten.

Das Gehalt ist der Betrag laut Gehaltstabelle ohne Zulagen und Zuschläge. Neben dem Gehalt gebühren dem Angestellten folgende Zulagen:

- Sonn- und Feiertagszulage
- Nachtzulage

4. Sonderzahlungen

Dem Angestellten gebühren jährlich ein Urlaubszuschuss und eine Weihnachtsremuneration in Höhe eines Monatsgehalts.

Bei der Berechnung des Urlaubszuschusses bzw der Weihnachtsremuneration sind sämtliche fixen Zulagen zu berücksichtigen.

Der Urlaubszuschuss ist spätestens am 30. Juni, die Weihnachtsremuneration spätestens am 30. November des laufenden Jahres zur Auszahlung zu bringen. Urlaubszuschuss und Weihnachtsremuneration gebühren dem Angestellten bei Eintritt bzw Ausscheiden während eines Kalenderjahres nur im aliquoten Ausmaß.

Gesetzliche und vertragliche Karenzen reduzieren den Anspruch auf Urlaubszuschuss und Weihnachtsremuneration, ebenso entgeltfreie Zeiten aufgrund von Krankenständen.

5. Auflösung des Dienstverhältnisses

Der Arbeitgeber und der Angestellte können das unbefristete Dienstverhältnis gemäß § 20 Angestelltengesetz kündigen.

V. BESTIMMUNGEN FÜR ARBEITER

1. Dienstverhältnis

Auf das Dienstverhältnis finden die Bestimmungen des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches sowie der Gewerbeordnung 1859 in der jeweils geltenden Fassung Anwendung.

Den Arbeitern ist gemäß § 2 Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz (AVRAG) bei Abschluss des Dienstvertrages eine schriftliche Aufzeichnung (Dienstzettel) über die wesentlichen Rechte und Pflichten aus dem Dienstvertrag auszuhändigen. Diese Verpflichtung entfällt, wenn ein schriftlicher Arbeitsvertrag alle notwendigen Angaben enthält.

2. Einstufung

Der Arbeiter ist entsprechend seiner Tätigkeit unter Berücksichtigung etwaiger Vordienstzeiten in die jeweilige Verwendungsgruppe der Lohn- und Gehaltstabelle einzureihen.

Voraussetzung für die Einstufung in eine Verwendungsgruppe ist, dass der Mitarbeiter entsprechend seiner von der Verwendungsgruppe vorausgesetzten Ausbildung eingesetzt wird. Grundlage für die Einstufung ist jedenfalls die ausgeübte Tätigkeit.

Vordienstzeiten sind Dienstzeiten von mindestens 3-monatiger ununterbrochener Dauer beim selben oder einem anderen Arbeitgeber sowie Zeiten von mindestens 3-monatiger ununterbrochener selbstständiger Tätigkeit, jeweils im selben oder einem vergleichbaren Berufsbild. Lehr-, Schul- und Ausbildungszeiten gelten nicht als Vordienstzeiten.

Vordienstzeiten im gleichen Beruf sind dem Arbeiter im Ausmaß bis zu 5 Jahren anzurechnen. Vordienstzeiten in diesem Ausmaß in einem vergleichbaren Beruf sind dem Arbeiter nur anzurechnen, wenn sie im selben Betrieb erbracht wurden.

3. Entgelt

Die Entlohnung richtet sich nach der im Anhang des Kollektivvertrages enthaltenen Lohn- und Gehaltstabelle. Diese bildet einen integrierenden Bestandteil des Kollektivvertrages und umfasst die Löhne sowie die Zulagen und Zuschläge der Arbeiter.

Der Lohn ist der Betrag laut Lohntabelle ohne Zulagen und Zuschläge. Neben dem Lohn gebühren dem Arbeiter folgende Zulagen:

- Sonn- und Feiertagszulage
- Nachtzulage

4. Sonderzahlungen

Dem Arbeiter gebühren jährlich ein Urlaubszuschuss und eine Weihnachtsremuneration in Höhe eines Monatslohnes.

Bei der Berechnung des Urlaubszuschusses bzw der Weihnachtsremuneration sind sämtliche fixen Zulagen zu berücksichtigen.

Der Urlaubszuschuss ist spätestens am 30. Juni, die Weihnachtsremuneration spätestens am 30. November des laufenden Jahres zur Auszahlung zu bringen. Urlaubszuschuss und Weihnachtsremuneration gebühren dem Arbeiter bei Eintritt bzw Ausscheiden

während eines Kalenderjahres nur im aliquoten Ausmaß.

Gesetzliche und vertragliche Karenzen reduzieren den Anspruch auf Urlaubszuschuss und Weihnachtsremuneration, ebenso entgeltfreie Zeiten aufgrund von Krankenständen.

5. Auflösung des Dienstverhältnisses

Arbeitgeber und Arbeiter können das unbefristete Dienstverhältnis unter Einhaltung nachstehender Fristen kündigen:

bis zum vollendeten 5. Dienstjahr 2 Wochen,
bis zum vollendeten 10. Dienstjahr 3 Wochen,
bis zum vollendeten 15. Dienstjahr 4 Wochen,
bis zum vollendeten 25. Dienstjahr 5 Wochen,
nach mehr als 25 Dienstjahren 6 Wochen.

VI. GEMEINSAME BESTIMMUNGEN FÜR ALLE DIENSTNEHMER

1. Arbeitszeit für Dienstnehmer, die dem Krankenanstalten-Arbeitszeitgesetz unterliegen

Innerhalb eines Durchrechnungszeitraumes von 13 Wochen beträgt die wöchentliche Normalarbeitszeit im Durchschnitt 40 Stunden und kann in den einzelnen Wochen bis zu 60 Stunden ausgedehnt werden. Die tägliche Normalarbeitszeit kann bis zu 13 Stunden betragen.

Es besteht auf Wunsch des voll- oder teilzeitbeschäftigten Dienstnehmers die Möglichkeit, zweimalig Guthaben (bzw Schulden) an Normalarbeitszeit im Ausmaß einer vertraglich vereinbarten wöchentlichen Normalarbeitszeit von einem Durchrechnungszeitraum in den nächsten Durchrechnungszeitraum zu übertragen. Davon abweichende Regelungen können durch Betriebsvereinbarung getroffen werden.

Bei verlängerten Diensten nach § 4 Krankenanstalten-Arbeitszeitgesetz beträgt innerhalb des Durchrechnungszeitraumes von 3 Monaten die wöchentliche Normalarbeitszeit im Durchschnitt bis zu 40 Stunden; sie kann in den einzelnen Wochen bis zu 72 Stunden betragen. Bei verlängerten Diensten darf die tägliche Normalarbeitszeit 25 Stunden nicht überschreiten.

Übergabezeiten des Pflegepersonals gelten als Arbeitszeit.

Ruhepausen im Sinne des Krankenanstalten-Arbeitszeitgesetzes sind keine Arbeitszeit.

Die Zeiträume zur Einnahme von Mahlzeiten werden in die Arbeitszeit nicht eingerechnet. Die Pause zur Einnahme von Mahlzeiten muss mindestens eine halbe Stunde betragen.

Der Dienstplan muss zwei Wochen im Voraus für ein Monat erstellt werden.

2. Arbeitszeit für Dienstnehmer, die nicht dem Krankenanstalten-Arbeitszeitgesetz unterliegen

Innerhalb eines Durchrechnungszeitraumes von 13 Wochen beträgt die wöchentliche Normalarbeitszeit im Durchschnitt 40 Stunden und kann in den einzelnen Wochen bis zu 48 Stunden betragen.

Die tägliche Normalarbeitszeit kann bis zu 9 Stunden betragen. Es besteht auf Wunsch des voll- oder teilzeitbeschäftigten Dienstnehmers die Möglichkeit, zweimalig Guthaben (bzw Schulden) an Normalarbeitszeit im Ausmaß einer vertraglich vereinbarten wöchentlichen Normalarbeitszeit von einem Durchrechnungszeitraum in den nächsten Durchrechnungszeitraum zu übertragen. Davon abweichende Regelungen können durch Betriebsvereinbarung getroffen werden.

Die tägliche Normalarbeitszeit kann bei Arbeitsbereitschaft gemäß § 5 AZG 12 Stunden betragen.

Die Zeiträume zur Einnahme von Mahlzeiten werden in die Arbeitszeit nicht eingerechnet. Die Pause zur Einnahme von Mahlzeiten muss mindestens eine halbe Stunde betragen.

Ruhepausen im Sinne des Arbeitszeitgesetzes sind keine Arbeitszeit.

Der Dienstplan muss zwei Wochen im Voraus für ein Monat erstellt werden.

3. Rufbereitschaft

Innerhalb eines Zeitraumes von 3 Monaten kann an 30 Tagen Rufbereitschaft vereinbart werden, die finanziell abzugelten ist.

4. Teilzeitbeschäftigung

Für teilzeitbeschäftigte Dienstnehmer gelten alle in diesem Kollektivvertrag angeführten arbeitsrechtlichen Bestimmungen. Die Gehälter bzw Löhne und fixen Zulagen gebühren teilzeitbeschäftigten Dienstnehmern nur im Verhältnis der vereinbarten Arbeitsstunden zur Normalarbeitszeit für vollzeitbeschäftigte Dienstnehmer.

5. Überstunden

Überstunden liegen vor, wenn die tägliche oder wöchentliche Normalarbeitszeit überschritten wird. Bei Teilzeitbeschäftigten liegen Überstunden außerdem nur dann vor, wenn die für vollzeitbeschäftigte Dienstnehmer geltende Normalarbeitszeit überschritten wird.

Tages- oder Wochenüberstunden, die an Werktagen – also von Montag bis Samstag, ausgenommen Feiertage – zwischen 6.00 Uhr und 20.00 Uhr erbracht werden, sind mit einem Zuschlag von 50 % auf

- das auf die Normalstunde entfallende Gehalt bzw
- den auf die Normalstunde entfallenden Lohn

zuzüglich der fixen Zulagen pro Stunde zu vergüten. Tages- oder Wochenüberstunden, die an Sonntagen und an gesetzlichen Feiertagen ganztägig sowie an Werktagen in der Zeit von 20.00 Uhr bis 6.00 Uhr erbracht werden, sind mit einem Zuschlag von 100 % auf

- das auf die Normalstunde entfallende Gehalt bzw
- den auf die Normalstunde entfallenden Lohn

zuzüglich der fixen Zulagen pro Stunde zu vergüten. Tages- oder Wochenüberstunden werden samt den darauf entfallenden Zuschlägen am Ende jenes Monats ausbezahlt, der auf den Monat der Überstundenleistung folgt.

Überstunden, die sich daraus ergeben, dass das zulässige Ausmaß an Normalarbeitszeit am Ende eines Durchrechnungszeitraumes überschritten wird, sind mit einem Zuschlag von 50 % auf

- das auf die Normalstunde entfallende Gehalt bzw
- den auf die Normalstunde entfallenden Lohn

zuzüglich der fixen Zulagen pro Stunde zu vergüten und werden am Ende jenes Monats ausbezahlt, der auf das Ende des Durchrechnungszeitraumes folgt.

6. Arbeitsruhe

Die Lage der Ersatzruhe kann abweichend von § 6 Arbeitsruhegesetz festgelegt werden.

7. Urlaub, Pflegefreistellung

Der Urlaubsanspruch sowie der Anspruch auf Pflegefreistellung richten sich nach den gesetzlichen Bestimmungen in ihrer jeweils geltenden Fassung.

Für die Berechnung des Urlaubsentgeltes gelten die gesetzlichen Bestimmungen in ihrer jeweils geltenden

Fassung sowie die Bestimmungen des Generalkollektivvertrages über den Begriff des Urlaubsentgeltes.

8. Entgeltanspruch bei Dienstverhinderung

Der Anspruch auf das Entgelt bei Dienstverhinderung bestimmt sich nach dem Angestellten- bzw Entgeltfortzahlungsgesetz in der jeweils geltenden Fassung. Insbesondere gebührt dem Dienstnehmer die Freistellung von der Dienstleistung unter Fortzahlung des Entgeltes in folgenden Fällen:

- bei eigener Eheschließung 3 Arbeitstage;
- bei Teilnahme an der Eheschließung der Kinder und Geschwister 1 Arbeitstag;
- bei Tod des Ehegatten bzw Lebensgefährten, wenn er (sie) mit dem Dienstnehmer im gemeinsamen Haushalt lebte, 2 Arbeitstage;
- bei Teilnahme an der Beerdigung des Ehegatten bzw Lebensgefährten, wenn er (sie) mit dem Dienstnehmer nicht im gemeinsamen Haushalt lebte, 1 Arbeitstag;
- bei Tod der Eltern, Schwiegereltern oder der Kinder 1 Arbeitstag;
- bei Teilnahme an der Beerdigung der Eltern, Schwiegereltern, Kinder, Geschwister oder Großeltern 1 Arbeitstag;
- bei Niederkunft der Ehegattin bzw der Lebensgefährtin 1 Arbeitstag;
- bei Wohnungswechsel die notwendige Zeit, jedoch höchstens 2 Arbeitstage innerhalb eines Jahres;
- für die Zeit notwendiger ärztlicher und zahnärztlicher Behandlung.

Diese Dienstverhinderungen gelten sinngemäß bei eingetragenen Partnerschaften.

Zeitlich feststehende bzw planbare Dienstverhinderungen sind dem Arbeitgeber umgehend ab Kenntnis bekannt zu geben. Zeitlich nicht feststehende bzw nicht planbare Dienstverhinderungsgründe sind dem Arbeitgeber unverzüglich bei Eintritt des Dienstverhinderungsgrundes bekannt zu geben.

Die Freistellung von der Dienstleistung gebührt nur unmittelbar im Anschluss an das den Dienstverhinderungsgrund auslösende Ereignis.

9. Dienstkleidung

Der Arbeitgeber ist berechtigt, das Tragen von Dienstkleidung anzuordnen und zu kontrollieren. In diesem Fall ist die Dienstkleidung vom Arbeitgeber für die Dauer des Dienstverhältnisses zur Verfügung zu stellen und zu reinigen. Dies gilt auch für Schutzbekleidung, die für bestimmte Tätigkeiten gesetzlich vorgeschrieben ist. Abweichende Regelungen durch Betriebsvereinbarung sind zulässig.

10. Dienstreisen

Eine Dienstreise liegt vor, wenn der Dienstnehmer zur Ausführung eines ihm erteilten Auftrages den Dienstort verlässt.

Die Dienstreise beginnt, wenn sie von der Arbeitsstätte angetreten wird, mit dem Verlassen der Arbeitsstätte. In allen anderen Fällen beginnt die Dienstreise mit dem reisenotwendigen Verlassen der Wohnung. Die Dienstreise endet mit der Rückkehr zur Arbeitsstätte bzw mit der reisenotwendigen Rückkehr in die Wohnung.

Bei Dienstreisen gebührt dem Dienstnehmer der Ersatz der angefallenen Fahrtkosten, bei Flugreisen und Eisenbahnfahrten maximal der Ersatz der Flug- bzw Fahrtkosten II. Klasse bzw eines vergleichbaren Standards. Überdies gebührt dem Dienstnehmer bei Dienstreisen eine Mehraufwandsentschädigung, bestehend aus einem Tages- und Nächtigungsgeld. Die Höhe dieser Gelder richtet sich nach den entsprechenden steuerfreien Sätzen gem Einkommensteuergesetz in der jeweils gültigen Fassung.

Darüber hinaus gebührt dem Dienstnehmer der Ersatz aller von ihm im Interesse des Dienstgebers oder über dessen Auftrag entstandener Mehrauslagen. Diese sind durch Belege nachzuweisen.

11. Fort- und Weiterbildung

Der Arbeitgeber hat für die Fort- und Weiterbildung seiner Dienstnehmer Sorge zu tragen und diesbezüglich geeignete Maßnahmen vorzuschlagen. Diese Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen müssen geeignet sein, zu einer tatsächlichen Verbesserung oder Vertiefung der Qualifikation der Dienstnehmer zu führen. Keinesfalls ist damit das Erlernen eines anderen als des gegenwärtigen Berufes zu verstehen. Aus dieser Bestimmung entsteht kein persönlicher Rechtsanspruch auf Fort- und Weiterbildung.

Bei angeordneten Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen sind alle anfallenden Kosten vom Arbeitgeber zu bezahlen. Der Besuch der Bildungsveranstaltung ist Arbeitszeit inklusive der Wegzeit, soweit diese die tägliche An- und Abfahrtszeit überschreitet. Bei Bildungsveranstaltungen, die länger als 8 Stunden pro Tag dauern, ist vor Beginn Einvernehmen über die Abgeltung der 8 Stunden überschreitenden Zeit herzustellen.

Bei Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, die zwischen Arbeitgeber und Dienstnehmer vereinbart werden, ist vor Antritt der Bildungsmaßnahme Einvernehmen hinsichtlich der Kostentragung und hinsichtlich einer etwaigen Abgeltung der Zeit der Bildungsmaßnahme herzustellen. Für einen derartigen Veranstaltungsbesuch werden jedenfalls keine Mehr- oder Überstunden vergütet.

12. Jubiläumsgeld

Für langjährige Dienste werden dem Dienstnehmer nach einer Beschäftigung im gleichen Betrieb von

- 25 Jahren 1 Bruttomonatsgehalt bzw 1 Bruttomonatslohn,
- 35 Jahren 1,5 Bruttomonatsgehälter bzw 1,5 Bruttomonatslöhne

als einmalige Anerkennungszahlung gewährt.

Für Betriebe, deren Zugehörigkeit zum gegenständlichen Kollektivvertrag nach dem 30.6.2016 begründet wird, werden nur jene Dienstjahre für die Dienstjubiläen berücksichtigt, die nach dem Beitritt zum gegenständlichen Kollektivvertrag zurückgelegt werden. Bestehende, für den Arbeitnehmer günstigere einzelvertragliche oder betriebliche Regelungen bleiben von dieser Bestimmung unberührt.

13. Anrechnung von Karenzen

Den Dienstnehmern werden Karenzen nach dem Mutterschutzgesetz und dem Väterkarenzgesetz im Gesamtausmaß von maximal 24 Monaten auf sämtliche Ansprüche angerechnet, die von der Dienstzeit abhängen.

Dies gilt für Karenzen, die ab dem Inkrafttreten des Kollektivvertrages beginnen, sofern bei Antritt der jeweiligen Karenz das Dienstverhältnis bereits 12 Monate durchgehend ohne Karenzen aufrecht ist.

14. Abfertigung (alt) und betriebliche Mitarbeitervorsorge

Angestellte, die bis zum 31. 12. 2002 eingetreten und nicht in die betriebliche Mitarbeitervorsorge übergetreten sind, haben Anspruch auf eine Abfertigung gemäß §§ 23 und 23a Angestelltengesetz.

Arbeiter, die bis zum 31. 12. 2002 eingetreten und nicht in die betriebliche Mitarbeitervorsorge übergetreten sind, haben Anspruch auf eine Abfertigung gemäß Arbeiterabfertigungsgesetz in Verbindung mit §§ 23 und 23a Angestelltengesetz.

Angestellte und Arbeiter, die ab dem 1. 1. 2003 eingetreten oder in die betriebliche Mitarbeitervorsorge übergetreten sind, unterliegen ausschließlich den Bestimmungen des betrieblichen Mitarbeitervorsorgegesetzes.

15. Pflichtpraktikum

Personen, die nicht unter dauernder persönlicher Aufsicht stehen und aufgrund schul- oder (fach-)hochschulrechtlicher Vorschriften ein Betriebspraktikum ableisten müssen, haben Anspruch auf ein monatliches Gehalt bzw. auf einen monatlichen Lohn in Höhe von 544,76 Euro. Einen Anspruch auf Zulagen haben sie nicht.

15a. Ferialarbeitsverhältnisse

Ferialarbeitnehmer sind Personen, die während einer schulischen Ausbildung oder während eines Studiums, ohne aufgrund schul- oder (fach-)hochschulrechtlicher Vorschriften dazu verpflichtet zu sein, während der Schul-, bzw. Semesterferien vorübergehend beschäftigt sind. Ferialarbeitnehmern gebührt

für die Dauer der Anstellung ein Entgelt in der Höhe von € 846,75.

16. Verfall von Ansprüchen

Ansprüche des Dienstnehmers oder des Arbeitgebers aus dem Dienstverhältnis sind – mit Ausnahme der Ansprüche gemäß § 34 Angestelltengesetz bzw ge-

mäß § 1162d Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch oder anderer zwingend gesetzlich geregelter Ansprüche – bei sonstigem Verfall innerhalb von 6 Monaten nach Fälligkeit schriftlich geltend zu machen. Bei rechtzeitiger Geltendmachung bleibt die gesetzliche Verjährungsfrist gewahrt.

VII. GELTUNGSBEGINN UND KÜNDIGUNGSBESTIMMUNGEN

Der Kollektivvertrag tritt in der gegenständlichen Fassung am **1. Jänner 2019** in Kraft.

Der Kollektivvertrag inklusive der Lohn- und Gehaltstabellen kann von jedem der Vertragspartner mittels eingeschriebenen Briefes unter Einhaltung einer 8-

wöchigen Kündigungsfrist zum 30. September gekündigt werden. Während der Kündigungsfrist sind Verhandlungen über den Abschluss eines neuen Kollektivvertrages aufzunehmen.

VIII. ÜBERGANGS- UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Für Dienstverhältnisse, die vor Inkrafttreten des Kollektivvertrages begründet wurden, gilt:

Die Einstufung der betroffenen Dienstnehmer in der Lohn- und Gehaltstabelle erfolgt unter Berücksichtigung aller bisher im aufrechten Dienstverhältnis im Betrieb erworbenen Dienstjahre und Vordienstzeiten gemäß der Abschnitte IV (2) und V (2). Lehr-, Schul- und Ausbildungszeiten gelten nicht als Vordienstzeiten.

Bestehende höhere Löhne und Gehälter und günstigere arbeitsrechtliche Vereinbarungen werden durch das Inkrafttreten dieses Kollektivvertrages nicht berührt. Allgemeine Zulagen, wie Verwendungs- oder Erschwerniszulagen, können auf die neuen kollektivvertraglichen Löhne und Gehälter angerechnet werden. Spezielle Leistungszulagen, wie Massagezulagen oder Zulagen für Lymphdrainagen, werden zusätzlich zu den neuen kollektivvertraglichen Löhnen und Gehältern gewährt.

Wien, Dezember 2018

FACHVERBAND DER GESUNDHEITSBETRIEBE

Bernhard Gerstberger

Julian Hadschieff

Geschäftsführer

Obmann

Österreichischer Gewerkschaftsbund
GEWERKSCHAFT vida

Roman Hebenstreit

Bernd Brandstetter

Vorsitzender

Bundesgeschäftsführer

Willibald Steinkellner

Farije Selimi

Fachbereichsvorsitzender

Fachbereichssekretärin

ÖSTERREICHISCHER GEWERKSCHAFTSBUND
GEWERKSCHAFT DER PRIVATANGESTELLTEN, DRUCK, JOURNALISMUS, PAPIER

Barbara Teiber, MA

Karl Dürtscher

Vorsitzende

Geschäftsbereichsleiter

Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier
Wirtschaftsbereich „Gesundheit, Soziale Dienstleistungen, Kinder- und Jugendwohlfahrt“

Klaus Zenz

Rudolf Wagner

Wirtschaftsbereichsvorsitzender

Wirtschaftsbereichssekretär

LOHN- UND GEHALTSTABELLEN 2018 UND 2019

zum Kollektivvertrag für ArbeiterInnen und Angestellte in privaten Kur-, Rehabilitations- und Mischbetrieben

I. BESTIMMUNGEN ZUR ERHÖHUNG DER LÖHNE UND GEHÄLTER FÜR DIE JAHRE 2018 UND 2019

Die Löhne und Gehälter in den Tabellen enthalten für die Jahre 2018 und 2019 die vereinbarten Erhöhungen der kollektivvertraglichen Löhne und Gehälter.

Freiwillige Zulagen, wie zB Verwendungs-, Turnusdienst- oder Erschwerniszulagen, aber auch sonstige Prämien und Überzahlungen, können auf die neuen kollektivvertraglichen Löhne und Gehälter angerechnet werden.

Der Mitarbeiter hat nach seiner Umstufung vom kollektivvertraglichen Mindestlohn / Mindestgehalt 2017 in den kollektivvertraglichen Mindestlohn / Mindestgehalt 2018 Anspruch auf eine solche Erhöhung sei-

nes Ist-Lohnes bzw. Ist-Gehaltes, dass der neue Ist-Lohn bzw. das neue Ist-Gehalt um 2,07 %, berechnet vom kollektivvertraglichen Mindestlohn / Mindestgehalt 2017, über seinem Ist-Lohn bzw. Ist-Gehalt 2017 liegt. Das gilt auch für den Fall, dass der Ist-Lohn bzw. das Ist-Gehalt im Jahr 2017 dem KV-Lohn bzw. dem KV-Gehalt entsprochen hat.

Für das Jahr 2019 ist ebenso vorzugehen. Die Erhöhung beträgt jedenfalls zumindest 2,02% (berechnet vom kollektivvertraglichen Mindestlohn / Mindestgehalt 2018).

II. ALLGEMEINES

Im Rahmen dieser Lohn- und Gehaltstabelle zum Kollektivvertrag für Arbeiter und Angestellte in Kuranstalten und Rehabilitationseinrichtungen wird zwischen Rehabilitationsbetrieben, Kurbetrieben und Mischbetrieben unterschieden. Als Abgrenzungskriterium wird der prozentuale Anteil an Kurbetten herangezogen:

- Rehabilitationsbetriebe sind Betriebe mit weniger als 25 % Bettenanteil für Kurzwecke.

- Kurbetriebe sind Betriebe mit über 50 % Bettenanteil für Kurzwecke.
- Mischbetriebe sind Betriebe ab 25 % Bettenanteil für Kurzwecke.

Die folgenden Löhne, Gehälter und Zulagen sind Eurobeträge und verstehen sich als Bruttobeträge.

III. VERWENDUNGSGRUPPEN – VERWALTUNG

Verwendungsgruppe 1:

Sekretariats- und Verwaltungsangestellte; überwiegend in der konkreten Therapieeinteilung Beschäftigte in den ersten zwei Jahren der Beschäftigung im Betrieb

Verwendungsgruppe 2:

Facharbeiter mit abgeschlossener Berufsausbildung, die als solche eingesetzt werden, z.B. Elektriker

Verwendungsgruppe 3:

Sachbearbeiter in der Verwaltung mit besonderen Fachkenntnissen (z.B. IT, Buchhaltung, Personalwesen, Lohnverrechnung); überwiegend in der konkreten Therapieeinteilung Beschäftigte nach zwei Jahren der Beschäftigung im Betrieb

Verwendungsgruppe 4:

Abteilungsleiter in der Verwaltung (z.B. Leiter der IT, Leiter der Buchhaltung, Personalleiter)

Löhne und Gehälter ab 1.1.2018

1.1.2018 bis 31.12.2018 Dienstjahre	Verwendungsgruppe			
	1	2	3	4
1, 2	1.521,92	1.711,54	1.781,84	2.159,47
3, 4	1.598,84	1.749,11	1.839,78	2.232,58
5, 6	1.634,30	1.786,68	1.877,48	2.281,51
7, 8	1.670,24	1.824,25	1.916,13	2.330,86
9, 10	1.708,37	1.861,84	1.955,17	2.378,90
11, 12	1.745,18	1.899,40	1.993,77	2.427,82
13, 14	1.784,49	1.936,97	2.032,37	2.476,30
15, 16	1.822,19	1.974,54	2.071,46	2.525,22
17, 18	1.860,65	2.012,12	2.110,07	2.572,83
19, 20	1.898,27	2.049,70	2.148,24	2.622,27
21, 22	1.936,33	2.087,26	2.187,27	2.670,38
23, 24	1.974,85	2.124,82	2.225,91	2.720,26
25, 26	2.013,37	2.162,40	2.264,96	2.769,19
27, 28	2.051,97	2.199,98	2.304,00	2.819,31
29, 30	2.089,92	2.237,54	2.342,86	2.868,71
31, 32	2.127,90	2.275,25	2.382,69	2.918,08
33, 34	2.167,04	2.313,43	2.421,86	2.967,40
ab 35	2.206,84	2.351,59	2.461,91	3.017,14

Löhne und Gehälter ab 1.1.2019

1.1.2019 bis 31.12.2019 Dienstjahre	Verwendungsgruppe			
	1	2	3	4
1, 2	1.635,70	1.746,11	1.922,84	2.238,25
3, 4	1.712,68	1.784,44	2.003,08	2.339,91
5, 6	1.745,92	1.822,78	2.042,44	2.392,76
7, 8	1.780,18	1.861,10	2.083,72	2.446,45
9, 10	1.817,08	1.899,45	2.125,77	2.497,48
11, 12	1.853,07	1.937,77	2.166,93	2.550,31
13, 14	1.889,85	1.976,10	2.208,12	2.602,23
15, 16	1.926,80	2.014,43	2.250,26	2.655,06
17, 18	1.962,72	2.052,76	2.291,45	2.705,22
19, 20	1.998,66	2.091,10	2.331,76	2.759,08
21, 22	2.034,60	2.129,42	2.373,79	2.810,26
23, 24	2.071,52	2.167,74	2.415,07	2.865,02
25, 26	2.109,22	2.206,08	2.457,12	2.917,87
27, 28	2.145,15	2.244,42	2.499,18	2.973,10
29, 30	2.180,22	2.282,74	2.540,90	3.026,87
31, 32	2.215,34	2.321,21	2.584,40	3.080,59
33, 34	2.253,72	2.360,16	2.626,13	3.133,48
ab 35	2.290,81	2.399,09	2.669,65	3.187,20

Zulagen zu den Verwendungsgruppen Verwaltung:

- Nachtdienstzulage (20 Uhr bis 6 Uhr):
 - bis zur vollendeten 4. Stunde pro Stunde: 4,61
 - bei einem Dienst von mehr als 4 Stunden: 36,69

- Sonntagszulage bzw. Feiertagszulage (ausschließlich für Feiertage im Sinne des Arbeitsruhegesetzes):
 - bis zur vollendeten 4. Stunde pro Stunde: 4,61
 - bei einem Dienst von mehr als 4 Stunden: 36,69

IV. VERWENDUNGSGRUPPEN – MEDIZIN

Verwendungsgruppe 1:

Medizinische Masseur, Heilmasseur, diplomierte medizinisch-technische Fachkräfte, die ausschließlich mit Aufgaben des medizinischen Masseurs betraut sind

Verwendungsgruppe 2:

Pflegehelfer, Pflegeassistent

Verwendungsgruppe 3:

Pflegefachassistent

Verwendungsgruppe 4:

gehobener Dienst für Gesundheits- und Krankenpflege, diplomierte medizinisch-technische Fachkräfte

Verwendungsgruppe 5:

Mitarbeiter im medizinisch-technischen Dienst gemäß MTD-Gesetz, Sportwissenschaftler, Sozialarbeiter, Psychotherapeuten ohne akademische Ausbildung

Verwendungsgruppe 6:

Psychotherapeuten und klinische Psychologen mit akademischer Ausbildung, Gesundheitspsychologen

Verwendungsgruppe 7:

Allgemeinmediziner

Verwendungsgruppe 8:

Fachärzte

Die Zulage für Heilmasseur und medizinische Masseur in den Rehabilitationsbetrieben in der Höhe von 5,263% des kollektivvertraglichen Bezuges ist im Grundlohn eingerechnet.

1.1.2018 bis 31.12.2018

Dienstjahre	Verwendungsgruppe1	
	Rehabilitationsbetriebe	Kurbetriebe, Mischbetriebe
1,2	1.673,43	1.574,02
3,4	1.711,24	1.609,58
5,6	1.749,06	1.645,16
7,8	1.786,88	1.680,73
9,10	1.824,71	1.716,31
11-15	1.909,71	1.796,26
16-20	1.994,71	1.876,22
21-25	2.079,71	1.956,17
26-30	2.164,71	2.036,12
31-35	2.249,71	2.116,07
ab 36	2.334,71	2.196,02

1.1.2019 bis 31.12.2019

Dienstjahre	Verwendungsgruppe1	
	Rehabilitationsbetriebe	Kurbetriebe, Mischbetriebe
1,2	1.707,23	1.621,87
3,4	1.745,81	1.658,52
5,6	1.784,39	1.695,17
7,8	1.822,97	1.731,83
9,10	1.861,57	1.768,49
11-15	1.946,57	1.849,24
16-20	2.031,57	1.929,99
21-25	2.116,57	2.010,74
26-30	2.201,57	2.091,49
31-35	2.286,57	2.172,24
ab 36	2.371,57	2.252,99

**1.1.2018 bis
31.12.2018**

Verwendungsgruppen 2, 3, 4, 5

Dienstjahre	2	3	Dienstjahre	4	5
1, 2	1.736,57	1.799,42	1,2,3	2.125,42	2.200,72
3, 4	1.773,88	1.836,29	4,5	2.172,08	2.247,38
5, 6	1.811,20	1.873,17	6,7	2.218,72	2.293,99
7, 8	1.848,50	1.910,04	8,9	2.265,36	2.340,66
9, 10	1.885,83	1.946,92	10,11	2.311,10	2.387,32
11, 12	1.923,14	1.983,80	12,13	2.358,65	2.433,95
13, 14	1.960,46	2.020,67	14,15	2.405,29	2.480,59
15, 16	1.997,77	2.057,55	16,17	2.451,94	2.527,23
17, 18	2.035,09	2.094,42	18,19	2.498,58	2.573,88
19, 20	2.070,41	2.131,30	20,21	2.545,23	2.620,52
21, 22	2.109,71	2.168,17	22,23	2.591,87	2.667,16
23, 24	2.147,03	2.205,04	24,25	2.638,52	2.713,81
25, 26	2.184,35	2.241,92	26,27	2.685,16	2.760,45
27, 28	2.221,66	2.278,80	28,29	2.732,10	2.807,11
29, 30	2.258,97	2.315,67	30,31	2.779,11	2.854,13
31, 32	2.296,42	2.352,62	32,33	2.826,40	2.901,16
33, 34	2.334,34	2.389,79	34,35	2.873,81	2.948,55
ab 35	2.372,23	2.426,95	ab 36	2.921,20	2.995,95

**1.1.2019 bis
31.12.2019**

Verwendungsgruppen 2, 3, 4, 5

Dienstjahre	2	3	Dienstjahre	4	5
1, 2	1.831,38	1.958,35	1,2,3	2.307,58	2.321,58
3, 4	1.869,95	1.996,03	4,5	2.355,80	2.369,82
5, 6	1.908,53	2.033,72	6,7	2.404,02	2.418,03
7, 8	1.947,09	2.071,41	8,9	2.452,24	2.466,25
9, 10	1.985,67	2.109,09	10,11	2.500,45	2.514,49
11, 12	2.024,24	2.146,79	12,13	2.548,67	2.562,70
13, 14	2.062,83	2.184,47	14,15	2.596,89	2.610,90
15, 16	2.101,39	2.222,16	16,17	2.645,11	2.659,12
17, 18	2.139,97	2.259,84	18,19	2.693,32	2.707,34
19, 20	2.178,55	2.297,52	20,21	2.741,55	2.755,55
21, 22	2.217,10	2.335,21	22,23	2.789,77	2.803,76
23, 24	2.255,70	2.372,89	24,25	2.837,98	2.851,99
25, 26	2.294,27	2.410,58	26,27	2.886,20	2.900,21
27, 28	2.332,83	2.448,27	28,29	2.934,98	2.948,45
29, 30	2.371,41	2.485,96	30,31	2.983,97	2.997,42
31, 32	2.410,12	2.523,65	32,33	3.032,97	3.046,40
33, 34	2.449,32	2.561,34	34,35	3.081,97	3.095,40
ab 35	2.488,48	2.599,02	ab 36	3.130,96	3.144,40

1.1.2018 bis 31.12.2018

Verwendungsgruppe

Dienstjahre	6
1,2	2.370,79
3,4	2.417,45
5,6	2.464,09
7,8	2.510,72
9,10	2.557,37
11-15	2.620,37
16-20	2.683,37
21-25	2.746,37
26-30	2.809,37
31-35	2.872,37
ab 36	2.966,37

1.1.2019 bis 31.12.2019	Verwendungsgruppe
Dienstjahre	6
1,2	2.665,16
3,4	2.712,76
5,6	2.760,34
7,8	2.807,92
9,1	2.870,92
11-15	2.933,92
16-20	2.996,92
21-25	3.059,92
26-30	3.122,92
31-35	3.185,92
ab 36	3.279,92

1.1.2018 bis 31.12.2018	Verwendungsgruppe 7, 8	
Dienstjahre	7	8
1,2	3.774,14	4.954,84
3,4	3.837,36	5.064,50
5,6	3.900,46	5.174,05
7,8	4.007,57	5.317,58
9,10	4.116,00	5.461,01
11-15	4.230,00	5.629,01
16-20	4.344,00	5.797,01
21-25	4.458,00	5.965,01
26-30	4.572,00	6.133,01
31-35	4.686,00	6.301,01
36-40	4.856,00	6.551,01
ab 41	5.026,00	6.801,01

1.1.2019 bis 31.12.2019	Verwendungsgruppe 7, 8	
Dienstjahre	7	8
1,2	3.400,38	4.554,93
3,4	3.464,87	4.666,80
5,6	3.529,25	4.778,57
7,8	3.638,52	4.925,00
9,1	3.749,14	5.071,32
11-15	3.865,45	5.242,72
16-20	3.981,75	5.414,11
21-25	4.098,05	5.585,50
26-30	4.214,35	5.756,90
31-35	4.330,66	5.928,29
36-40	4.504,09	6.183,34
ab 41	4.677,53	6.438,39

Zulagen zu den Verwendungsgruppen Medizin:

- Nachtdienstzulage (20 Uhr bis 6 Uhr):
 - bis zur vollendeten 4. Stunde pro Stunde: 4,61
 - bei einem Dienst von mehr als 4 Stunden: 36,69
- Sonntagszulage bzw Feiertagszulage (ausschließlich für Feiertage im Sinne des Arbeitsruhegesetzes):
 - bis zur vollendeten 4. Stunde pro Stunde: 4,61
 - bei einem Dienst von mehr als 4 Stunden: 36,69

- Allgemeinmedizinerzulage, die ab 1.1.2019 den Differenzbetrag vom kollektivvertraglichen Mindestgehalt 2019 auf das (aufgewertete) kollektivvertragliche Mindestgehalt 2018 ersetzt: 450,00 monatlich
- Facharztzulage, die ab 1.1.2019 den Differenzbetrag vom kollektivvertraglichen Mindestgehalt 2019 auf das (aufgewertete) kollektivvertragliche Mindestgehalt 2018 ersetzt: 500,00 monatlich

NOTIZEN

A series of horizontal dotted lines for writing notes.

NOTIZEN

A series of horizontal dotted lines for writing notes.

NOTIZEN

A series of horizontal dotted lines for writing notes.

Der Schutz Ihrer persönlichen Daten ist uns ein besonderes Anliegen. In dieser Datenschutzerklärung informieren wir Sie über die wichtigsten Aspekte der Datenverarbeitung im Rahmen der Mitgliederverwaltung. Eine umfassende Information, wie der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB)/Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp) mit Ihren personenbezogenen Daten umgeht, finden Sie unter www.oegb.at/datenschutz.

Verantwortlicher für die Verarbeitung Ihrer Daten ist der Österreichische Gewerkschaftsbund. Wir verarbeiten die umseits von Ihnen angegebenen Daten mit hoher Vertraulichkeit, nur für Zwecke der Mitgliederverwaltung der Gewerkschaft und für die Dauer Ihrer Mitgliedschaft bzw. solange noch Ansprüche aus der Mitgliedschaft bestehen können. Rechtliche Basis der Datenverarbeitung ist Ihre Mitgliedschaft im ÖGB/GPA-djp; soweit Sie dem Betriebsabzug zugestimmt haben, Ihre Einwilligung zur Verarbeitung der dafür zusätzlich erforderlichen Daten.

Die Datenverarbeitung erfolgt durch den ÖGB/GPA-djp selbst oder durch von diesem vertraglich beauftragte und kontrollierte Auftragsverarbeiter. Eine sonstige Weitergabe der Daten an Dritte erfolgt nicht oder nur mit Ihrer ausdrücklichen Zustimmung. Die Datenverarbeitung erfolgt ausschließlich im EU-Inland.

Ihnen stehen gegenüber dem ÖGB/GPA-djp in Bezug auf die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten die Rechte auf Auskunft, Berichtigung, Löschung und Einschränkung der Verarbeitung zu.

Gegen eine Ihrer Ansicht nach unzulässige Verarbeitung Ihrer Daten können Sie jederzeit eine Beschwerde an die österreichische Datenschutzbehörde (www.dsb.gv.at) als Aufsichtsstelle erheben.

Sie erreichen uns über folgende Kontaktdaten:

GPA-djp
1030 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1
Tel.: +43 (0)5 0301-301
E-Mail: service@gpa-djp.at

Österreichischer Gewerkschaftsbund
1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1
Tel.: +43 (0)1 534 44-0
E-Mail: oegb@oegb.at

Unsere Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter:
datenschutzbeauftragter@oegb.at.

MITMACHEN – MITREDEN – MITBESTIMMEN



Interessengemeinschaften der GPA-djp bringen Menschen mit ähnlichen Berufsmerkmalen zusammen. Zum Austauschen von Erfahrungen und Wissen, zum Diskutieren von Problemen, zum Suchen kompetenter Lösungen, zum Durchsetzen gemeinsamer beruflicher Interessen.

Mit Ihrer persönlichen Eintragung in eine oder mehrere berufliche Interessengemeinschaften

>> erhalten Sie mittels Newsletter (elektronisch oder brieflich) regelmäßig Informationen über Anliegen, Aktivitäten und Einladungen für Ihre Berufsgruppe;

>> können Sie Ihre beruflichen Interessen auf direktem Weg in die Kollektivvertragsverhandlungen Ihres Branchenbereichs einbringen;

>> erschließen Sie sich Mitwirkungsmöglichkeiten an Projekten, Bildungsveranstaltungen, Kampagnen, Internet-Foren und anderen für Ihre Berufsgruppe maßgeschneiderten Veranstaltungen, auch auf regionaler Ebene;

>> nehmen Sie von der Interessengemeinschaft entwickelte berufsspezifische Dienstleistungen und Produkte in Anspruch (Fachberatung auf regionaler Ebene, Bücher, Broschüren und andere Materialien);

>> beteiligen Sie sich an demokratischen Direktwahlen Ihrer beruflichen Vertretung auf Bundesebene sowie regionaler Ebene und nehmen dadurch Einfluss auf die gewerkschaftliche Meinungsbildung und Entscheidung.

Nähere Infos dazu unter: www.gpa-djp.at/interesse

Ich möchte mich in folgende Interessengemeinschaften eintragen:

- IG PROFESSIONAL** **IG FLEX** **IG SOCIAL** **IG EDUCATION** **IG MIGRATION**
 IG EXTERNAL **IG IT** **IG POINT-OF-SALE**

Dieses Service ist für mich kostenlos und kann jederzeit von mir widerrufen werden.

Frau Herr Titel

Familienname Vorname

Straße/Haus-Nr. PLZ/Wohnort

Berufsbezeichnung Betrieb

Telefonisch erreichbar eMail

.....
Datum/Unterschrift

Ihre Kontaktadressen der **GPA-djp**

Service-Hotline: 05 0301-301

**Gewerkschaft der Privatangestellten,
Druck, Journalismus, Papier**

1030 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1
service@gpa-djp.at

Regionalgeschäftsstelle Wien

1030 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1

Regionalgeschäftsstelle Oberösterreich

4020 Linz, Volksgartenstraße 40

Regionalgeschäftsstelle Niederösterreich

3100 St. Pölten, Gewerkschaftsplatz 1

Regionalgeschäftsstelle Salzburg

5020 Salzburg, Markus-Sittikus-Straße 10

Regionalgeschäftsstelle Burgenland

7000 Eisenstadt, Wiener Straße 7

Regionalgeschäftsstelle Tirol

6020 Innsbruck, Südtiroler Platz 14-16

Regionalgeschäftsstelle Steiermark

8020 Graz, Karl-Morre-Straße 32

Regionalgeschäftsstelle Vorarlberg

6901 Bregenz, Reutegasse 11

Regionalgeschäftsstelle Kärnten

9020 Klagenfurt, Bahnhofstraße 44/4

www.gpa-djp.at



Für alle, die **mehr wollen!**

DVR: 0046655, ÖGB ZVR-Nr.: 576439352

Herausgeber: Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1.

Medieninhaber und Hersteller: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes Ges.m.b.H., 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1.
Verlags- und Herstellungsort Wien.



1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1, Telefon 05 0301-301, Fax 05 0301-300
www.gpa-djp.at - eMail: service@gpa-djp.at